Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe einzelner Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 319. Mittwoch den 15. November 1882. 76. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Unter den in der großen Funkenburg allhier eingestellten Kühen des Herrn Dr. Frege in Abtnaundorf ist am heutigen Tage der Ausbruch der

Maul- und Klauenseuche

festgestellt und infolge dessen die **Gehöftsperre** in Gemäßheit §. 59 der Instruction zur Ausführung der §§. 19—29 des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1880, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, vom 24. Februar 1881 und §. 66 der Königl. sächs. Ausführungsverordnung vom 9. Mai 1881 angeordnet worden.

Leipzig, den 13. November 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Richter.

Bekanntmachung,

den diesjährigen Christmarkt betreffend.

Wegen des am **17. December d. J. beginnenden Christmarktes**, auf welchem feilzubieten nur **hiesigen Gemeindemitgliedern** gestattet ist, werden hierdurch folgende:

1) Diejenigen, welche Stände auf dem Christmarkte erhalten wünschen, haben sich bis zum **Sonnabend, den 25. November d. J.**, bei unserem Marktvoigte (Naschmarkt I. 2. Etage) zu melden. Später eingehende Anmeldungen müssen unberücksichtigt bleiben. Für die Zuweisung eines Standes und die Ausfertigung eines Scheins hierüber sind 25 ₰ zu entrichten. Wird diese Gebühr nicht **sofort** bezahlt, so wird über den Stand anderweit verfügt.

2) Wer einen ihm angewiesenen Stand nicht **spätestens am 19. December** besetzt hat, ist desselben verlustig, hat auch zu gewärtigen, daß ihm für spätere Christmärkte Stände nicht wieder überwiesen werden, sofern er nicht einen genügenden Behinderungsgrund nachweist.

3) Der hiesige **Wochenmarkt** wird zuletzt Dienstag, den 12. December d. J., auf dem Marktplatze, von da an aber auf dem Fleischerplatze abgehalten, auch während der Markttage den Verkäufern von Töpfer- und Steingutwaaren von dem vorgedachten Zeitpuncte ab die Benutzung des sogenannten Böttcher- und Töpfermarktes gestattet.

4) Der **Aufbau der Buden** auf dem Christmarkte ist vom 14. December ab gestattet, wogegen das Auspacken und Einräumen der Waaren nicht vor Mittags 12 Uhr des 16. December beginnen darf.

5) Der Verkauf der Waaren findet **bis zum 24. December**, 12 Uhr Mitternachts, statt, doch ist an diesem in den Christmarkt fallenden vierten Adventsonntage der öffentliche Handel in Läden, auf Straßen und Plätzen erst nach beendigtem Vormittagsgottesdienste, d. i. nach 10½ Uhr Vormittags, gestattet.

6) Die Inhaber von Christmarktständen dürfen nur ihre Angehörigen und solche Personen als Verkäufer verwenden, welche ständig in ihren Diensten stehen oder hier wohnhaft sind, und es werden alle Stände sofort eingezogen, an denen auswärts wohnhafte selbstständige Personen, welche nicht hiesige Gemeindemitglieder sind, als Verkäufer betroffen werden.

7) Die Räumung sämmtlicher Buden und Stände, sowie der auf dem Augustusplatze zum Feilhalten von Christbäumen benutzten Plätze ist von den Verkäufern noch am 24. December bis Mitternachts 12 Uhr zu bewirken.

8) Es bleibt auch diesmal gestattet, die für den Christmarkt benutzten, auf dem Markte befindlichen Buden noch am 25. und 26. December stehen zu lassen. Es haben aber die Miether sowohl als die Verleiher der Buden dafür zu sorgen, daß sämmtliche Buden nach Ausräumung der darin befindlichen Waaren sofort gut geschlossen, d. h. die Klappen zugeholzt, die Thüren verschlossen oder vernagelt, sowie die Budenplanen nebst den dazu gehörigen Planenstangen gänzlich beseitigt werden.

9) Sämmtliche Christmarktbuden, soweit dieselben nicht mit Einwilligung der Meßbudendeputation für Besucher der Neujahrsmesse benutzt werden sollen, sind am 27. December abzubrechen und muß deren Fortschaffung noch an demselben Tage erfolgen, auch bis Abends 8 Uhr beendet sein.

10) Der Verkauf von Christbäumen wird vom 17. December ab auf dem Augustusplatze gegen ein Standgeld von 3 ℳ für jeden gleichmäßig groß zu bemessenden Platz gestattet, jedoch unter ausdrücklichem Verbot des Einschlagens von Pfählen.

11) Wegen Aufstellung der Christbäume und sonst allenthalben ist den bezüglichen Anordnungen unseres Marktvoigtes unbedingt Folge zu leisten.

Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden mit Geldstrafe bis zu Sechzig Mark oder entsprechender Haftstrafe geahndet werden.

Leipzig, den 25. October 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Die nächste Neujahrmesse beginnt mit **dem 2. Januar** 1883 und endigt mit dem 15. Januar 1883.

Eine sogenannte Vorwoche, d. h. eine Frist zum Auspacken der Waaren und zur Eröffnung der Meßlocale vor Beginn der eigentlichen Messe hat die Neujahrmesse nicht.

Leipzig, am 25 October 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harrwitz.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des §. 1 der Instruction für die Ausführung von Wasserrohrleitungen und Wasseranlagen in Privatgrundstücken vom 1. Juli 1850 machen wir hierdurch bekannt, daß die Klempner

Herr **Hermann Scholz** und } in Firma
Herr **Kurt Wilhelm Scholz** } **Gebrüder Scholz** hier,
Windmühlenstraße 42 und Kurprinzstraße 20,

zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen haben.

Leipzig, den 13. November 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Ullmann.

Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf wiederholte Vorkommnisse in neuerer Zeit wird das Anbringen von freitragenden, der nach dem Ermessen der Baupolizeibehörde **erforderlichen Unterstützung entbehrenden Balkon- und Erker-Platten aus Sandstein** hiermit untersagt.

Leipzig, am 9. November 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

Auction.

Donnerstag, den 16., und Freitag, den 17. Novbr. d. J., Vorm. von 8 Uhr ab gelangt in der Restauration zur Wartehalle hierselbst **1 große Partie Kinderspielsachen** öffentlich gegen Baarzahlung zur Versteigerung. Ein specielles Verzeichniß hängt in genannter Restauration zur Einsicht aus. Händler und Wiederverkäufer werden hierauf besonders aufmerksam gemacht.

Plagwitz, am 11. Novbr. 1882. **Die Ortsgerichte.**
Uhlig.

Freiwillige Versteigerung.

Erbtheilungshalber soll das zu dem Nachlaß Herrn Gottlieb Otto Nutters in Oschatz gehörige, Fol. Nr. 681 des Grund- und Hypothekenbuchs und Nr. 527 des Brandcatasters daselbst eingetragene Wohnhaus mit Verkaufsladen, worin Materialwaarenhandel betrieben wird, und mit einem Atelier für Photographie nebst dazu gehöriger vollständiger Einrichtung

am 29. November 1882, Vormittags 11 Uhr

an hiesiger Gerichtsstelle unter den im Termine selbst bekannt zu machenden Bedingungen gegen Meistgebot öffentlich verkauft werden.

Königl. Amtsgericht Oschatz,
den 10. November 1882.
Böttger.

Nichtamtlicher Theil.

Parlamentarische Lage.

Das innerpolitische Leben wird nunmehr einen lebhafteren Pulsschlag annehmen, denn wichtige Dinge sind es, mit denen sich der preußische Landtag zu beschäftigen haben wird.

In dem Augenblicke, wo sich der Landtag versammelt, wird es zunächst am Platze sein, die parlamentarische Oekonomie zur Sprache zu bringen. Die Frage ist keineswegs nur für die Angehörigen der verschiedenen Vertretungskörper und die Regierungen von Interesse; vielmehr wird, da von ihrer Lösung die Möglichkeit einer erfolgreichen gesetzgeberischen Thätigkeit abhängt, das öffentliche Wohl überhaupt von ihr unmittelbar berührt.

In verschiedenen Blättern haben sich Stimmen vernehmen lassen, aus denen man schließen könnte, daß ein baldiger Schluß des Reichstags geplant wäre. Das sind natürlich ganz haltlose Vermuthungen; aber angesichts der bekannten Weise, wie solche Preßäußerungen gelegentlich gegen die Liberalen verwerthet werden, ist es nicht überflüssig, den Gedanken, als ob auf unserer Seite ein vorzeitiger Schluß des Reichstags gewünscht werden könnte, ausdrücklich zurückzuweisen. Zur Begründung einer baldigen Beendigung der Reichstagssession beruft man sich auf die Arbeitsfülle, welche des preußischen Landtags harre, und auf den noch fast in den Anfängen befindlichen Stand der Commissionsarbeiten des Reichstags über die socialpolitischen Gesetzentwürfe, sowie auf die Aussichtslosigkeit dieser Vorlagen überhaupt, eine Beweisführung, die Alles eher als stichhaltig ist.

Was immer den Landtag beschäftigen wird, jedenfalls ist es weder von der Wichtigkeit noch von der Dringlichkeit der Aufgaben, welchen die Thätigkeit des Reichstags vorzugsweise gewidmet ist. Von einer Aussichtslosigkeit dieser Aufgaben zu reden, ist durchaus grundlos. Ob die Kranken- und Unfallversicherungsentwürfe in der laufenden Session bereits fix und fertig zum Abschluß gelangen werden, kann freilich zweifelhaft erscheinen. Darauf kommt es aber auch gar nicht in erster Linie an. Die Hauptsache ist, daß diese Dinge mit vollem Ernste, mit eingehendster Gründlichkeit durchberathen werden. Wenn dann noch einzelne Puncte bleiben sollten, an denen das Zustandekommen der Gesetze in diesem Augenblicke scheitern müßte, so wäre das nicht allzu bedauerlich.

Es handelt sich in den beiden Vorlagen um die Grundlagen einer socialen Reform, an der man voraussichtlich Jahrzehnte lang zu arbeiten haben wird. Da ist es gewiß besser, wenn diese Grundlage erst nach wiederholten Anläufen, erst nach reiflichster Prüfung aller Einzelheiten geschaffen wird, als wenn in der Eile etwas zu Stande käme, das sich auf die Dauer als nicht haltbar erweisen würde. Aber auf alle Fälle muß endlich voller Ernst gemacht werden mit diesem Stück socialer Reform. Eine Taktik der Verschleppung, der Vereitelung wäre angesichts der sattsam bekannten Lage geradezu verbrecherisch. Uns gilt es als selbstverständlich: die Berathung der socialpolitischen Vorlagen der Reichsregierung muß den Hauptgegenstand der parlamentarischen Thätigkeit dieses Winters bilden. Ist dem so, so ergiebt sich die Vertheilung der verfügbaren Zeit zwischen Reichstag und preußischem Landtag von selbst.

Man lasse zunächst den Landtag das wirklich nothwendige Pensum erledigen, was bei allseitig gutem Willen bis zur ersten Hälfte des Februar ohne Zweifel möglich wäre, und lasse alsdann den Reichstag mit voller Kraft an die Arbeit gehen. Bis dahin wird die Commission des Reichstags ihre Thätigkeit sicherlich zum Abschluß gebracht haben, so daß eine unverzögerte und ununterbrochene Berathung des Gegenstandes möglich sein wird. Dagegen hätte es sich empfohlen, das Plenum des Reichstags vor dieser Zeit überhaupt nicht wieder zu versammeln. Die Reichstagsabgeordneten um einer oder zweier Sitzungen willen im December von den äußersten Enden des Reichs nach Berlin zu nöthigen, hat keinen Zweck.

Leipzig, 15. November 1882.

Der Bureaudirector des **preußischen Abgeordnetenhauses** hat bereits **das Handbuch** für das Abgeordnetenhaus ausgearbeitet. Dasselbe enthält unter Anderm die Geschäftsordnung und die Verfassung, welch letztere mit neuen und eingehenden Erläuterungen des bekannten Staatsrechtslehrers von Rönne versehen ist. Im Uebrigen findet sich hier zum ersten Male ein genaues Verzeichniß der Fractionen, indem der Bureaudirector sich von den Mitgliedern selbst die Bezeichnung ihrer politischen Stellung erbeten hat. Nur von drei Abgeordneten fehlt bis jetzt jede Erklärung, nämlich von den Abgeordneten Besitzer (Sensburg-Ortelsburg), Freiherrn v. Grote (27. hannoverscher Wahlbezirk) und Dr. Jüffe (Osnabrück), unbestimmt ist einstweilen noch die Stellung folgender Abgeordneten: Der Abgeordnete v. Bismarck (Flatow) will sich die Wahl einer der beiden conservativen Fractionen noch vorbehalten, Abgeordneter Cremer (Teltow) nennt sich christlich-conservativ, Abgeordneter S. Douglas behält sich die Entschließung vor, Freiherr v. Eckardstein ist conservativ, will sich aber einer bestimmten Fraction nicht anschließen, Abgeordneter v. Ludwig bezeichnet sich als altconservativ mit Anschluß an das Centrum in allen katholischen Fragen, Abgeordneter Roth (Landrath in Hessen) will als constitutionell-monarchisch gelten, Abgeordneter Strutz (Landrath) hat sich die Entschließung vorbehalten. Keiner Fraction sind beigetreten die Abgeordneten Berger, v. Bochum-Dolffs, v. Lenthe (Welfe), Dr. Löwe (Bochum), ferner sind als Wilde bezeichnet Minister v. Bötticher, v. Kameke, Dr. Lucius, Maybach, v. Puttkamer, die Dänen Hörlück und Lassen. Zu den einzelnen Fractionen haben sich bekannt: Conservative 114, Freiconservative 54 (und ein Hospitant), Centrum 96 (und Dr. Bruel als Hospitant), Nationalliberale 67, liberale Vereinigung 21, Fortschrittspartei 35 (und zwei Hospitanten), Polen 18. Im Ganzen zählt das Haus 433 Mitglieder. Drei Mandate sind erledigt, nämlich diejenigen für Wittenberg-Salzwedel und Berlin 4.

Die Rückkunft des **Fürsten Bismarck** steht fortwährend für Ausgang des November in Aussicht; die Vorbereitungen für die Uebersiedelung der Familie des Reichskanzlers nach Berlin sind bereits getroffen. Für Anfang December sieht man in der Familie des Reichskanzlers einem frohen Familienereigniß entgegen.

Die kaiserliche Yacht „Hohenzollern" ist mit zwei von der Firma Krupp in Essen geschenkten, künstlerisch reich ausgestatteten Prachtexemplaren von 8.7 Centimeter-Geschützen, in Panzerkammer-Lafetten versehen worden. Im Inneren sind dieselben genau wie all diese Geschütze gearbeitet. Das Aeußere übersteigt doch allen bisher in dieser Weise entfalteten Luxus. Rohr und Lafette, sowie sämmtliche Zubehörstücke sind mit der reichsten Ciselirkunst versehen und in künstlerischer Weise über und über mit getriebenem Silber bekleidet. Jede der einzelnen Silberarbeiten ist wieder ein Kunstwerk an sich und äußerst geschmackvoll an den einzelnen Theilen der Geschütze angebracht. So bilden die Endtheile der übereinander liegenden Ringe mit Silber ausgeschlagene, wundervoll gearbeitete Manschetten; der Ring am Mündungsdeckel wird durch einen massiv silbernen Löwenkopf, der einen Ring im Rachen trägt, dargestellt. Das Rohr selbst ist mit in Silber getriebenen Emblemen und Inschriften reich verziert und hat dabei nichts von der Sicherheit in seiner Bestimmung verloren. Mit ganz besonderem kunstvollen Verzierungen sind die Lafetten versehen.

Der **Budgetausschuß der österreichischen Delegation** genehmigte den Bericht des Referenten über das Budget des Auswärtigen, welcher im Wesentlichen die von der Regierung abgegebenen Erklärungen umschreibt. Bei der Verhandlung über den Occupationscredit erwiderte der Minister v. Kallay auf die Frage des Referenten Grocholski betreffs der Zustände in den occupirten Provinzen, die Eindrücke, welche er auf seiner Reise im Occupationsgebiete empfangen habe, seien im Großen und Ganzen sehr günstige und befriedigende. Er hoffe, der Schwierigkeiten mit Geduld und Ausdauer und durch Anwendung der unentbehrlichen materiellen Mittel Herr zu werden und einen Zustand zu schaffen, welcher der civilisatorischen Aufgabe Oesterreichs Rechnung trägt und dem Wohle dieser Provinzen zu Gute kommen wird. Auf weitere Fragen des Referenten und einzelner Delegirter erklärte der Minister, es sei schwer, über die Stimmung der bosnischen Bevölkerung Aufschlüsse zu geben; er glaube, die Bevölkerung habe sich mit der Occupation versöhnt, jedenfalls würde dies in einiger Zeit geschehen, was übrigens von der Stellung Oesterreich-Ungarns und der Entfaltung seiner materiellen Kraft abhänge. Der Minister versicherte, daß die Steuern eingingen und die Herzegowina nicht verödet aussehe. Bei der Recrutirung sei nirgend Gewalt angewendet worden. Von den Muhamedanern werde große Hoffnung in die Zukunft gesetzt, dieselben schickten ihre Kinder in die Schulen. Die Lösung der Agrarfrage sei äußerst schwierig; der Moment, wo die Frage in großem Maßstabe hätte gelöst werden können, sei vorüber; bei dem bestehenden großen Unterschiede zwischen Nord und Süd sei eine einheitliche Lösung nicht möglich. Die Kreisvorsteher seien mit dem Studium der Frage beschäftigt. Wegs und Knets müßten befriedigt werden. Ein schroffer Gegensatz zwischen den Confessionen bestehe nicht. Schiffsgerichte seien in Bosnien nicht vorhanden. — Die **ungarische Delegation** genehmigte das Budget des Finanzministeriums und des gemeinsamen Rechnungshofes, das Ordinarium und das Extraordinarium der Kriegsmarine und ertheilte betreffs der Schlußrechnung pro 1880 Decharge.

Ein für die **Parteiverhältnisse im österreichischen Abgeordnetenhause** bedeutungsvolles Ereigniß hat sich durch den Austritt der Führer der klerikalen Fraction, der Herren Lienbacher und Fuchs, aus dem Verbande der Rechten vollzogen. Ueber die Gründe, welche die beiden Herren zu ihrem auffallenden und völlig überraschend gekommenen Schritt veranlaßten, haben beide sich mit großer Offenheit ausgesprochen; sie haben plötzlich die Entdeckung gemacht, daß es sich für sie, die Vertreter kerndeutscher Länder, nicht ziemt, die täglich wachsenden Ansprüche der Nationalen, der Czechen und Polen zu unterstützen, zumal diese auf die Unterstützung durch die Klerikalen nur darum Gewicht zu legen scheinen, weil sie ihrer Mitwirkung noch nicht entrathen können. Man braucht in die Wahrheit der von Herrn Lienbacher für seine Secession angegebenen Gründe keinen Zweifel zu setzen; jedenfalls aber wird es auffallen müssen, daß er sein deutsches Gewissen erst so spät entdeckt hat; die Parteiverhältnisse auf der Rechten sind, seit Graf Taaffe das Ruder führt, stets durch das nationale Moment bestimmt worden, welches Herr Lienbacher jetzt so unerträglich findet, das er aber bisher ohne Scrupel und mit vollen Kräften unterstützt hat. Der wahre Grund für das Ausscheiden der Klerikalen aus der Majorität — denn daß den Führern auch der überwiegende Theil ihrer Fractionsgenossen folgen wird, ist kaum zu bezweifeln — dürfte daher eher in der Unzufriedenheit zu finden sein, daß ihre Wünsche bisher von ihren früheren Bundesgenossen so wenig Unterstützung gefunden haben. Darum erscheint auch die Annahme, daß der eiserne Ring, welcher die Majorität umschloß, jetzt gesprengt sei, als sehr unwahrscheinlich. Herrn Lienbacher und seine klerikalen Parteigenossen knüpfen zu viele gemeinsame Interessen an die Nationalen, als daß anzunehmen wäre, sie würden nunmehr in das oppositionelle Lager übergehen. Die Erfüllung ihrer Wünsche, eine klerikale Schulgesetznovelle oder reactionäre Revision der confessionellen Gesetzgebung, würde ihren Einfluß sicher nicht verstärken und sie schnell in das Regierungslager zurückführen. Herr Lienbacher hat sich diesen Weg auch nicht versperrt, denn wie er selbst erklärt hat, beabsichtigt er nicht, sich einer anderen Partei anzuschließen, sondern will seine Politik von Fall zu Fall einrichten.

Wie aus **Spalato** in Dalmatien vom 11. d. telegraphisch gemeldet wird, ist gegen den dortigen Bezirkshauptmann Conrad ein **Attentat** versucht worden. Während Derselbe am Meeresufer spazieren ging, ward auf ihn, hinter einem Felsstücke, ein Revolverschuß abgefeuert. Die Kugel durchlöcherte den Ueberzieher des Bezirkshauptmannes, ohne aber Letzteren zu verwunden. Der Attentäter entfloh und konnte bisher nicht festgenommen werden. — An denselben Tage entstanden in der Vorstadt Spalatos, als diese die Militairmusik durchzog, Unruhen, welche einen solchen Umfang annahmen, daß dagegen das Militair einschreiten und viele Verhaftungen vornehmen mußte. Die Stimmung der dalmatischen Bevölkerung wird überhaupt als eine sehr gereizte und unzufriedene geschildert.

In der **französischen Deputirtenkammer** hat sich der Kampf der Meinungen zunächst auf dem Gebiete des Culturbudgets entsponnen. Als Angriffsobject dient den radicalen Ultras das Concordat mit dem päpstlichen Stuhle, für dessen Beibehaltung die Regierung mit aller Entschiedenheit eintritt. Herr Duclerc kann in dieser Sache auf den Beistand der weitaus überwiegenden Kammermehrheit rechnen. Wenn es nach dem Willen der ausschlaggebenden Fractionen geht, so dürfte der Fortbestand des Ministeriums bis mindestens nach Neujahr gesichert sein. Inzwischen hofft man die Lage hinreichend geklärt zu sehen, daß sich entscheiden läßt, ob das parlamentarische Gruppirungsverhältniß die Bildung und Wirksamkeit einer constanten Regierungsmehrheit ermöglicht. Im Verneinungsfalle dürfte sich dann freilich die Position des Cabinets unhaltbar erweisen.

Wenn die gleichzeitige Ernennung eines italienischen Botschafters in Paris und eines französischen beim Quirinal [illegible] angesehen werden muß, daß die Entfe[illegible] den, ihren Ob[illegible] nicht gefaßt, [illegible] auch nur, da[illegible] sich in Bälde einstellen werde. Noch steht die tunesische Politik Frankreichs als trennende Scheidewand aufgerichtet, und erst die Zukunft wird darthun müssen, ob es dem persönlichen Wirken der Diplomaten gelingt, Wand zu durchbrechen, resp. ganz niederzureißen. Italien ist vom besten Willen beseelt, ohne natürlich seiner nationalen Würde auch nur das Geringste vergeben zu wollen. Es kommt nur darauf an, ob Frankreich in Tunis Italien derselben Behandlung unterwerfen wird, gegen welche es, von England in Egypten auf seine — Frankreichs — Unkosten giebt, sich mit Hand und Fuß wehrt.

Aus **Madrid** wird der Tod des früheren Präsidenten der **spanischen Republik, Stanislas Figueras y Moracas** gemeldet. Der verstorbene Staatsmann, der am 13. November 1819 zu Barcelona geboren war, hat sein ganzes Leben der Propaganda und der Vertheidigung der republikanischen Principien gewidmet. Er hatte die Rechtswissenschaft studirt, schloß sich schon in früher Jugend den Republikanern an, bekämpfte die Coalition der Parteien gegen die Regentschaft Espartero's, zog sich aber, als die Moderados zur Macht gelangten, in die Provinz Tarragona zurück, wo er die Advocatur ausübte. Im Jahre 1851 wurde er von Barcelona als Vertreter in die Cortes geschickt und stimmte hier im Jahre 1854 gegen die Monarchie. Nach dem Scheitern der Revolution vom Juni 1866 wurde er gefangen und verbannt. Der Sieg der Revolution von 1868 führte ihn zurück und er wurde nun einer der Führer der republikanischen Minorität in den Cortes, als welcher er unausgesetzt die monarchische Constitution vom Jahre 1869 und die Throncandidaturen des Herzogs von Montpensier und des Prinzen Amadeo bekämpfte. Als der Letztere am 12. Februar 1873 den Cortes seinen Entschluß anzeigte, die Krone niederzulegen, constituirten sich die beiden Häuser der Cortes sofort als souveraine Cortes, nahmen die Abdankung einstimmig an, erklärten die Republik für die Staatsform des Landes und wählten Figueras zum Conseilspräsidenten. Am 8. Juni desselben Jahres legte Figueras jedoch seine Gewalt nieder, nachdem die Wahlen zu den constituirenden Cortes nicht weniger als 360 föderalistische Republikaner ergeben hatten, und beantragte selbst die Proclamirung der Föderativrepublik, was seitens der Cortes geschah. Hierauf zog sich derselbe ins Ausland zurück und hat sich seit der Thronbesteigung Alphons XII. nur insofern noch am politischen Leben betheiligt, als er darauf bedacht war, die gemäßigten republikanischen Elemente zu einer compacten Oppositionspartei zu vereinigen.

Der Umschwung in den Vereinigten Staaten.

Die Partei in der großen Union, die seit 1860 die Majorität bei den Wahlen nicht mehr zu erlangen vermochte und in dem großen Secessionskriege mit Waffengewalt niedergeworfen wurde, hat bei den jüngsten Wahlen in der Union den Triumph davongetragen; die demokratische Partei ist, wie bekannt, Sieger geblieben und die republikanische Partei sieht sich nach zwanzigjähriger Herrschaft genöthigt, das Haupt zu beugen unter den Gegner, der ihren Waffen erlegen ist.

Man kann heute die demokratische Partei nicht mehr einfach als die Partei der Sclavenhalter bezeichnen. Wenn es auch viele Demokraten geben mag, die sich das lebendige schwarze Eigenthum, das sie vor dem großen Kriege besaßen, zurückwünschen, so hat sich die Partei als solche mit der Sklaven-Emancipation wenn auch nicht ganz, doch bis zu einem gewissen Grade ausgesöhnt. Der Hauptgegensatz zwischen den beiden großen Parteien bildet nach wie vor die Frage, ob Schutzzoll- oder Freihandelssystem, von denen die Republikaner das erstere, die Demokraten das letztere mit gleich großer Hartnäckigkeit vertreten haben.